Einzelnummer 10 Pfennig

Spandauer Zeitung

Bezugspreis: Wöchentl. 40 Goldpfennige einschließl. 4 Goldpfennige Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 1,70 Goldmark ausschließlich Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik, Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. Druck und Verlag: Stückrath & Co., Spandau. — Verantwortlicher Schriftleiter für den Gesamtinhalt einschließlich der Bilderbeilage: Hans Roßmann, Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für staatliche und städtische Behörden

Erscheint täglich nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Geschäftsstelle: Berlin-Spandau, Neuendorfer Straße 10a.
Fernruf: Spandau 1226, 1227, 1228

Regelmäßige Beilagen:
Wöchentlich: „Spandauer Illustrierte Zeitung", achtseitig. — „Aus der Welt der Frau" — „Der Kleinsiedler"
Zweiwöchentlich: „Die technische Rundschau".

Anzeigenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 20 Goldpfennige, für Spandau 15 Goldpfennige; Familienanzeigen 10 Goldpfennige, im redaktionellen Teil 1 Goldmark. Beilagengebühr beträgt 10 Goldmk. für das Tausend, Offertengebühr 15 Goldpfennige. Keine Gewähr für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Bankkonten: Spandauer Bank, e. G. m. b. H., Spandau; Landwirtschafts- und Handelsbank Altes Gef., Spandau. — Postscheck-Konto: Berlin NW. 7, Nr. 1707.

Nummer 34. Dienstag, den 10. Februar 1925. 32. Jahrgang.

Schutzlos und rechtlos.

Deutsches Schicksal in Südslawien.

Die Liste der Gewalttaten, Enteignungen und Einschüchterungsversuche, denen unsere Volksgenossen in Südslawien, zum Teil unter Duldung, ja Förderung der Behörden, ausgesetzt sind, ist unendlich lang und traurig. In jüngster Zeit ist sie durch zwei besonders krasse Schandtaten vermehrt worden, durch das Attentat auf den Führer des Deutschtums, den Vorsitzenden der „Deutschen Partei", Dr. Kraft, sowie durch die allen Rechtsgrundsätzen hohnsprechende Wegnahme des unter unsäglichen Opfern erbauten, stattlichen „Deutschen Hauses" in Cilli.

Der niederträchtige Anschlag auf Dr. Kraft, dem dieser hochverdiente Führer unseres Volkstums sowie sein Begleiter und Mitarbeiter Dr. Graß beinahe zum Opfer gefallen wären, ist politisch umso unbegreiflicher, als Dr. Kraft alles andere als ein Chauvinist ist. Stets hat die Partei der Deutschen betont, und es auch durch die Tat bewiesen, daß sie nichts anderes erstrebt, als die Wahrung der kulturellen Volkseigenart. Die Loyalität der deutschen Bevölkerung und im besonderen der politischen Führer unseres Volkstums in Südslawien gegen Staat und König ist immer wieder in der Gesamthaltung des Deutschtums zum Ausdruck gekommen. Sie dürfte auch von keinem ernst zu nehmenden Politiker in Südslawien angezweifelt werden. Solange es mit der Wahrung der deutschen Kulturinteressen sich nur vereinbaren ließ, konnte die Haltung der deutschen Partei geradezu als regierungsfreundlich bezeichnet werden. Alle Verlockungen und Angebote seitens der Radicschopposition sind stets zurückgewiesen worden; selbst die ungerechtfertigte Auflösung des „Deutschen Kulturbundes" und die Drohungen, die sich gegen den Bestand der deutschen Partei richteten, haben die deutsche Bevölkerung nicht aus ihrer sachlichen und ruhig ernsten Haltung herauszudrängen vermocht. Dr. Kraft selbst gilt auch in Regierungskreisen als klugbesonnener Politiker, dessen Wort in den Parlamentssitzungen, ganz gegen die sonstige Gewohnheit, weit über die kleine Gruppe der Deutschen hinaus Beachtung gefunden hat. Unerklärlich ist es, warum die Regierung Pasitsch, deren Gegner an sich schon so zahlreich sind, daß bei einem rechtlich gestalteten Verlauf der Wahlen ihr Sturz mit Sicherheit zu erwarten wäre, auch die Vertreter des deutschen Volkstums ganz unnötigerweise in eine scharfe Opposition hineindrängt.

Die Nachricht von dem Attentat auf Dr. Kraft hat ungeheures Aufsehen, man kann wohl sagen, in der ganzen gesitteten Welt, erregt. Der Schritt des deutschen Gesandten, der der Regierungspresse einen willkommenen Ablenkungsvorwand gab, ist nur zu begrüßen. Nicht um politische Einmischung, die gerade der Persönlichkeit des deutschen Gesandten in Belgrad sehr fern liegt, sondern menschliches, verständliches Mitgefühl mit dem harten Lose der Stammesbrüder ist der Grund zum Vorgehen des Gesandten gewesen. Bezeichnend für die Auffassung, die auch in slawischen Kreisen über die niederträchtige Tat herrscht, ist ein sehr warm gehaltenes Schreiben, das der Führer der slawischen Minderheit in Italien, Dr. Vilfan, aus Triest an Dr. Kraft gerichtet hat.

Obwohl schnellstes und strengstes Durchgreifen in Aussicht gestellt wurde, ist noch kein Schuldiger der Gerechtigkeit überantwortet worden. Wenn deutsche Volksangehörige auch nur irgendwie verdächtigt werden, so werden sie sofort verhaftet und eingesperrt. Politische Wegelagerer, soweit sie Slawen sind, läßt man unbehelligt. Nicht einmal den Amtsvorsteher des Ortes, der beim Überfall zugegen war, sowie die untätig zusehenden Polizisten sind bisher der behördlichen Aufmerksamkeit gewürdigt worden. Eine ganze Reihe weiterer Persönlichkeiten, die als verdächtig namhaft gemacht worden sind, haben nach einer Woche noch nicht die Aufmerksamkeit der Behörde erregt. Inzwischen kommen Nachrichten von neuen Gewalttaten. Die „Werbasser Zeitung" ist verboten und der Schriftleiter von der Polizei verprügelt und mit Arrest bedroht worden, ohne daß man es für nötig hielt, auch nur den Grund dieser Maßnahmen bekannt zu geben.

Der Streit um das „Deutsche Haus" in Cilli ist nun ebenfalls gegen das klare Recht zuungunsten der Deutschen entschieden worden. Das „Deutsche Haus" wurde vor dem Kriege unter großen Opfern als Mittelpunkt deutschen Kulturlebens errichtet. Da es nach dem Umsturz, zum Teil infolge von Kriegseinquartierungen und der dadurch entstandenen Schäden, für die ursprünglichen Zwecke nicht mehr in Frage kam, ist es in den Besitz deutscher Privatleute übergegangen. Der Prozeß wurde zwischen deutschen Eigentümern und dem aufgelösten Verein „Deutsches Haus" geführt. Paragraph 15 der Satzungen sah für den Fall einer nun Tatsache gewordenen Auflösung des Vereins vor, daß der Vereinsbesitz an einen sich etwa bildenden Verein mit gleicher Tendenz zu übergeben sei. Nunmehr ist dieses Haus dem slowenisch-nationalen Verein „Celjski Dom" überantwortet worden. Es handelt sich um eine rechtliche Ungeheuerlichkeit. Hat doch der Staatssekretär Comowisch im Ministerium der Regierung Dawidowisch seinerzeit den deutschen Abgeordneten erklärt, daß er und alle Serben überzeugt davon wären, daß das „Deutsche Haus" in Cilli den deutschen Staatsbürgern nach Gesetz und Recht gehöre, sonst niemand auf Gottes Erdboden. Aber in diesem Balkanstaate ist der Deutsche schutzlos und rechtlos. Die Slowenen in Österreich dagegen sind nach wie vor in vollem Besitz ihres gesamten Eigentums geblieben. Selbst Besitzobjekte, irredentistischer Organisationen Südslawiens auf österreichischem Boden sind nicht angetastet worden. In achtzehn Pfarreien Kärntens mit überwiegend deutscher Bevölkerung wird heute noch jahraus jahrein slowenisch von der Kanzel herabgesprochen. Das ist das deutsche Gegenstück zu Südslawien! Und da haben angesichts des Vorgehens des deutschen Gesandten in Belgrad serbische Blätter den Mut, zu erklären, die Deutschen seien nicht berufen, den Slawen Humanität zu lehren.

* * *

Die Wahlen in Südslawien. — Dr. Kraft wiedergewählt

Belgrad, 10. Februar. Bei den Wahlen zum serbischen Parlament, die unter starkem Terror der Regierung gegen die Opposition standen, hat die Regierungskoalition eine Mehrheit von neun Stimmen erhalten. Die kroatische Bauernpartei (Radilsch) hat trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen ihren Bestand behauptet.

In der Woiwodina, wo hauptsächlich Deutsche und Ungarn ansässig sind, ist nach den bisher vorliegenden Mitteilungen die Wahlbeeinflussung und Vergewaltigung der Deutschen und Ungarn am schlimmsten gewesen. Die Deutschen haben drei Mandate verloren. Dagegen haben die deutschen Parteien in der Baoska und in Banat gut abgeschnitten. Ihr Führer, Abgeordneter Dr. Kraft, wurde wiedergewählt. Die Türken in Mazedonien sind von 15 auf 1 zurückgegangen. Diese Zahlen sind ein Beispiel, mit welcher Entschlossenheit die Regierung die Wahlen in Mazedonien zu ihrem Gunsten durchgeführt hat. Die Sozialdemokraten, die bisher zwei Mandate hatten, sind vollkommen leer ausgegangen. In der Woiwodina wurden die Urnenführer verhaftet, sodaß sie nicht das Schicksal ihrer Urnen überwachen konnten. Es ist deshalb nicht festzustellen, ob dort bei den Zählungen keine Fälschungen vorgenommen sind. Die oppositionelle Wählerschaft in der Woiwodina wurde überhaupt durch serbische Fascisten allenthalben an der Ausübung des Wahlrechtes verhindert.

Dr. Luthers Sicherungsvorschlag

Funkspruch der „Sp. Ztg."

Reichskanzler Dr. Luther befindet sich auf einer Rundreise durch die deutschen Hauptstädte. Er weilte gestern in Köln und trat nach einem Festessen in Gürzenich noch gestern abend 11.58 Uhr die Reise nach München an. Auf dem Festessen in Köln hielt der Reichskanzler eine politisch bedeutsame Rede. Er wies erneut auf die **Verhandlungsbereitschaft der Reichsregierung** in der Räumungsfrage hin. Deutschland sei auch bereit, berechtigte Anstände der Alliierten in der Entwaffnungsfrage aufs schnellste zu beheben. Das Ziel der Verhandlungen, die er mit allem Nachdruck erstrebe, müsse die schnellste Räumung der nördlichen Rheinlandzone sein. Mit Nachdruck erklärte der Kanzler, daß er auf seine **Frage an Herriot, ob er entschlossen sei, diese Räumung sofort vorzunehmen, nachdem Deutschland etwa nachgewiesene Verstöße in der Abrüstung beseitigt hat,** bisher keine Antwort bekommen habe. Wohl aber sei von politischer Seite in der französischen Presse ausgesprochen worden, daß die Räumung von einem besonderem **Sicherheitspakt** zu gunsten Frankreichs abhängig gemacht werden soll. Hierzu bemerkt der Kanzler: **Die Reichsregierung ist bereit, an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv mitzuarbeiten. Sollte man aber von ihr die Räumung abhängig machen, so muß dieser Gedanke, der keinerlei Begründung im Versailler Vertrag findet, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden.** Die Kanzlerrede, die mit einem Hoch auf den deutschen Rhein schloß, fand begeisterte Aufnahme.

Ueber Dr. Luthers Stellung zu einem Sicherungsabkommen wird aus Paris gemeldet:

Die frühere volksparteiliche Abg. **Frau von Oheimb** hatte mit dem Berliner Berichterstatter des „Matin" eine Unterredung, die den Vorschlag des Reichskanzler Dr Luther in der Sicherungsfrage zum Gegenstand hatte. Frau von Oheimb gab der Ansicht Ausdruck, daß ein Garantievertrag, der **Frankreich seiner augenblicklichen Grenzen sichert** von jeder deutschen Regierung unterzeichnet werden könnte. Allerdings müßten die **Ostgrenzen hiervon ausgenommen** werden, da über diese Frage eine sehr delikate Aussprache einzuleiten wäre. Frankreich müßte seinen Einfluß geltend machen, um bei seinen Alliierten hinsichtlich der Ostgrenzen Deutschlands zu einem **Kompromiß** zu gelangen. Der Korrespondent des „Matin" fügt diesen Aeußerungen hinzu, daß die deutsche Regierung diesen Standpunkt vertrete und bei Aufrollung der Sicherheitsfrage aller Wahrscheinlichkeit nach nur auf der gleichen Basis Verhandlungen anknüpfen dürfte.

Heute Ministerpräsidentenwahl.

Die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum für Dr. Marx.

Der interfraktionelle Ausschuß des preußischen Landtags, bestehend aus **Zentrum, Demokraten** und **Sozialdemokraten**, sprach sich gestern für die **Wahl des früheren Reichskanzlers Dr. Marx** zum preußischen Ministerpräsidenten aus. Diese drei Fraktionen werden in der heutigen Landtagssitzung, die um 2 Uhr beginnt, für Marx ihre Stimme abgeben. Die Stellung der Wirtschaftspartei wird in einer vorher stattfindenden Fraktionssitzung festgelegt werden. Der interfraktionelle Ausschuß tritt vor der heutigen Plenarsitzung nochmals zu einer Sitzung zusammen. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hielten heute vormittag um 10 Uhr Fraktionssitzungen ab. Die Nationalsozialisten traten um 1 Uhr zusammen.

Anschließend an die Wahl des Ministerpräsidenten findet die **zweite Wahl des Landtagspräsidenten** statt, für den die Sozialdemokraten an der Person **Bartels'** festzuhalten gedenken. Bei der eigentümlichen Konstellation zweier fast genau gleich starker Flügel sind natürlich Überraschungen nicht ausgeschlossen.

Hinter den Kulissen des Magdeburger Prozesses

Berlin, 10. Februar. Unter der Ueberschrift „Hinter den Kulissen des Magdeburger Prozesses" teilt das „B. T." in sensationeller Form mit, daß bei einem bereits mit Zuchthaus bestraften Manne namens Isidor Kreil aus Kallmünz in Bayern, der wegen Paßfälschung von der bayerischen Grenzpolizei an der Schweizer Grenze verhaftet worden sei, **Dokumente gefunden** worden seien, die im Zusammenhange mit dem Magdeburger Prozeß ständen. Das Blatt veröffentlich die Dokumente im Fortlauf. **Es handelt sich um Briefe eines gewissen N. Thurn in Augsburg an Kreil, in denen der Adressat aufgefordert wird, eine Erklärung zu unterzeichnen, worin er sich bereit erklärt, eine Reihe von landesverräterischen Verdächtigungen gegen die sozialdemokratische Partei und den seinerzeitigen Reichstagsabgeordneten Ebert vor einem Gericht eidlich zu erhärten.**

Schwere Unwetterschäden im Westen.

Das Sturmwetter, das schon seit einigen Tagen herrschte, erreichte in der vergangenen Nacht seinen Höhepunkt. Der Sturm hat verschiedentlich schweren Schaden angerichtet. Im Westen scheinen die Verheerungen besonders groß zu sein. Es liegen bisher folgende Meldungen vor:

Essen, 10. Februar. Der Weststurm der letzten Tage, der zeitweilig von schweren Regenböen begleitet war, nahm heute ständig an Heftigkeit zu und steigerte sich zwischen 2 und 3 Uhr zu einem Orkan, der **großen Schaden** angerichtet hat.

Essen, 10. Februar. Der heute nacht hier herrschende Sturm hat im hiesigen Ort, wie auch im Fernleitungsnetz des **Telephon- und Telegraphenverkehrs** große Schäden angerichtet. Auf fast allen wichtigen Strecken, besonders nach Holland, Frankfurt a. M., Kassel, Mannheim, Hannover und Elsaß-Lothringen, sind starke Telephonstörungen eingetreten, deren Beseitigung längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Amsterdam, 10. Februar. Ein schwerer Südwestwind wütete gestern abend und heute morgen über der holländischen Westküste und verursachte teilweise **schwere Schäden**. In Amsterdam war die **Feuerwehr** bis heute früh fast ununterbrochen damit beschäftigt, die durch losgerissene Dachrinnen, Reklameschildern und Schornsteinen für den Fußgängerverkehr entstandenen Gefahren zu beseitigen. Der Straßenbahnverkehr ist stark eingeschränkt worden und mußte teilweise, namentlich in den Außenbezirken, umgeleitet werden. Der letzte von Rotterdam nach Amsterdam abgehende Spätzug erreichte Amsterdam erst mit vierstündiger Verspätung, da er durch umgestürzte Telegraphenstangen und über die Schienen gefallene Telegraphenleitungen aufgehalten worden war. Auf der Werft bei Rotterdam wurde eine ganze Anzahl von Schiffen, auch mehrere große Dampfer des Rotterdamschen Lloyd, darunter dessen größtes Passagierschiff, **losgerissen**. In der Stadt Rotterdam wurden mehrere Straßen für den Verkehr von der Polizei **gesperrt**, da mehrere Personen durch herabfallende Dachbekleidungen verletzt worden waren.

Borah will Europa besuchen.

Funkspruch der „Sp. Ztg."

Paris, 10. Februar. Wie „Chicago Tribune" aus Washington berichtet, hat Senator Borah, der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses die Absicht, demnächst, und zwar alsbald nach Beendigung der Kongreßtagung, eine **Reise nach Europa** anzutreten.